

Hanne-Margret Birckenbach:

Friedenslogik statt Sicherheitslogik.

(11. Internationale Münchner Friedenskonferenz, 1. Februar 2013.)

Die Münchner Friedenskonferenz will Denkprozesse anstoßen, eine Kultur des Friedens beflügeln, Menschen zum Engagement ermutigen. Ich möchte zeigen, welche Möglichkeiten engagierter Friedensstiftung erkennbar werden, wenn wir uns auf friedenslogisches Denken einlassen und den Pfad sicherheitslogischen Denkens verlassen. Sicherheitslogik beschränkt den Horizont. Im sicherheitslogischen Denken werden tatsächlich existierende Probleme aus ihrem gesellschaftspolitischen Kontext herausgelöst und – je unlösbarer sie scheinen – nicht als Aufgabe, sondern als Bedrohung interpretiert, vor der es sich zu schützen gilt. Dieser Pfad der „Versicherheitlichung“ [[L. Brock]] führt – wider Willen - in eine Militarisierungsfalle. Wir leisten uns einen riesigen Gewaltapparat zum Schutz vor Bedrohungen, die aus ungelösten Konflikten entstehen, haben aber nur wenig Kraft, um gesellschafts-politische Probleme wie Energieversorgung, Umweltzerstörung und tatsächlich existierende Differenz zu lösen, bevor sie eskalieren, und nur wenig Kraft, um der Eskalation von Konflikten, die aus ungelösten Problemen resultieren, vorzubeugen. Politisches Handeln ist heute dieser Logik der Versicherheitlichung offensichtlich ausgeliefert. Man weiß, dass Militärinterventionen eben die Sicherheitsprobleme verstärken und erzeugen, die sie lösen sollen, und gleichzeitig die Friedensressourcen im eigenen und im fremden Land zerstören. Und doch dümpeln die NATO-Staaten immer wieder in Militärinterventionen hinein.

Aus der Militarisierungsfalle kommt Politik nur dann heraus, wenn sie Frieden wieder zum Leitbegriff macht. Im Fall von Konflikten, die bereits in direkte Gewalt eskaliert sind, heißt Frieden: 1. Gewalt und ihre Bedingungen kritisieren, 2. Problemlösungen und Alternativen zur Gewalt für möglich halten und 3. Problemlösungen und Alternativen möglich machen und praktizieren. Je mehr wir friedenslogisch denken, um so eher erkennen wir, was tatsächlich getan werden kann, um Gewalt einzudämmen, in Konflikten konstruktiv zu reagieren und Friedenskräfte – wie schwach sie auch sein mögen – zu stärken.

Folie 1
Friedenslogik
Frieden als Leitbegriff, um Militarisierungsfallen zu entkommen, sichtbar machen, was getan werden kann, um <ol style="list-style-type: none">1. Gewalt zu begegnen,2. Konflikte konstruktiv auszutragen,3. Friedenskräfte zu stärken

Bei der Unterscheidung zwischen Sicherheit und Frieden handelt es sich nicht um Begriffsklauberei. Sie ist folgenreich. Friedenslogik und Sicherheitslogik unterscheiden sich in der Sicht auf Gewalt, in der Sicht auf Konflikte und in der Sicht auf Friedenskräfte. Damit es einfacher wird, die Überlegungen nachzuvollziehen, werde ich einige Punkte an einem konkreten Beispiel erläutern. Vor einem Jahr habe ich das am Beispiel des Konflikts in Syrien getan, der damals noch nicht zum Krieg eskaliert war [[in W+F, 2/12]], im Herbst am Beispiel des Atomkonflikts mit dem Iran [[Projektzeitung „MSK verändern“ 8/2013]], hier erläutere ich friedenslogisches Denken am Fall der Militärintervention in Mali. Alle drei Fälle sind gegenwärtig auch Gegenstand der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK). Jeder Fall ist ein wenig anders, jeder Fall lässt deshalb auch neue Aspekte friedenslogischen Denkens sichtbar werden.

1. Umgang mit Gewalt.

Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen sicherheitslogischem und friedenslogischem Denken: Es ist die Abscheu vor direkter Gewalt. Es gibt aber auch drei wesentliche Unterschiede:

1. Im friedenslogischen Denken ist es unvernünftig, Krieg gegen Gewalt zu führen.

2. Friedenslogisches Denken kritisiert jegliche Gewalt, die direkte Gewalttat ebenso wie Gewaltstrukturen und Rechtfertigungsmuster.
3. Friedenslogisches Denken kritisiert Gewalt unabhängig davon, wer sie praktiziert, also auch die Gewalt, die von der eigenen Seite ausgeht.

Folie 2	
Friedenslogische Grundregeln zum Umgang mit Gewalt	
<p>Gewalt nicht ausüben, geschehen lassen, rechtfertigen.</p> <p>Grundbedürfnisse nicht verschärft verletzen (Erzeugung von weiterer Angst, weitere Zerstörung der Lebensgrundlagen, Entzug von Hilfe).</p> <p>Die zerstörerischen Folgen „rettender Gewalt“ nicht ignorieren.</p>	<p>Gewaltfreiheit lernen, ausbreiten. Eigene, auch „rettende“ Gewalt bedauern. Verantwortung übernehmen. Um Verzeihung bitten, Gewalt vorausschauend eindämmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Würde aller achten, auch der Täter (resozialisierende Strafen); • Gewaltverzicht belohnen, begleiten (zivile Polizeikräfte, zivilcouragierte Nachbarschaft); • Begründete Hoffnungen/Perspektiven schaffen, die Gewaltverzicht opportun machen, • Anlässe für Gewaltaktionen verringern, • Friedenspraxis etablieren • Über die (selbst-)zerstörerischen Folgen von Rüstung / Rüstungsexport aufklären

Grundregeln im Umgang mit Gewalt lassen sich negativ (Folie 2, linke Spalte) und positiv (rechte Spalte) formulieren.

In der negativen Formulierung sagen wir, was aus friedenslogischer Sicht nicht getan werden soll. Im anderen Fall sagen wir, was friedenslogisch geboten scheint, was aber in sicherheitslogischer Politik eher nicht getan wird. Ganz simpel erläutere ich nur die erste Zeile: Linke Spalte, negativ formuliert: Wir sollen Gewalt weder ausüben, noch geschehen lassen, noch rechtfertigen. Rechte Spalte, positiv formuliert: Wir sollen Gewaltfreiheit lernen, üben und ausbreiten.

Ein Begriff in der Tabelle wird Sie irritieren, der Begriff der „rettenden Gewalt“. Er steht auf beiden Seiten in Anführungszeichen. Das heißt ich kann es nicht besser formulieren, nur am konkreten Fall in Mali erläutern. Ich kann nicht ausschließen, dass es Fälle gibt, in denen der Einsatz von militärischer Gegengewalt Menschenleben retten kann. Wir wissen außerdem, dass Gewalt umso schwieriger gestoppt werden kann, je massiver die direkte Gewalt ausgeübt wird – egal ob es darum geht, dass Hände abgehakt oder Siedlungen bombardiert werden. Um der Gewalttätigkeit der islamistischen Kämpfer zu begegnen, hat es möglicherweise keine Alternative zur französischen Militärintervention gegeben. Möglicherweise ist die Einschätzung richtig. Gleichwohl bleibt die Differenz zwischen sicherheitslogischer und friedenslogischer Politik relevant. Sicherheitslogische Politik nimmt den Tatbestand der fehlenden Alternative als Rechtfertigungsgrund für einen Militäreinsatz. Anders geht friedenslogische Politik mit einem solchen „Tatbestand“ um. Wenn es tatsächlich keine Alternative gibt, dann hat Politik - friedenslogisch gesehen –versagt, eine Alternative rechtzeitig zu erarbeiten. Politik muss die Verantwortung dafür übernehmen. Daraus folgt aus friedenslogischer Sicht zweierlei:

Erstens, auch „rettende Gewalt“ hat einen hohen Preis. Menschen verlieren ihr Leben. Friedenslogisch dürfen wir die kurzfristigen und langfristigen Folgen „rettender Gewalt“ nicht ignorieren. Sie müssen genannt und – sofern möglich - behoben werden. Friedenslogische Politik übernimmt die Verantwortung dafür, bittet um Verzeihung und bemüht sich um Abhilfe.

Zweitens wird friedenslogische Politik vorausschauend tätig, um Fällen, die erneut nach „rettender Gewalt“ verlangen, vorzubeugen. Sie bemüht sich darum, ein Fundament für eine Friedenspraxis zu legen. Die Entsendung und Ausbildung von Entwicklungs- und Friedensfachkräften kann dazu nützlich sein. Aber das reicht nicht, es geht um umfassende Konfliktbearbeitung und Problemlösungen.

2. Umgang mit Konflikt

Sicherheitslogische Politik tritt in Aktion, weil Konflikte gewalttätig ausgetragen und wenn sie als Krise bewertet werden und wenn sie eigene Interessen und Werte in Frage stellen. „Mali, Syria, and beyond: Dealing with the current crisis“, steht daher nun für Sonntag auf der Tagesordnung der Münchner Sicherheitskonferenz

Folie 3	
Friedenslogische Grundregeln zum Umgang mit Konflikten	
<p>Fehlentscheidungen nicht verschweigen, fortsetzen, wiederholen;</p> <p>Nicht wegschauen, keine Simplifizierung; Keine Sanktionen, keine Militarisierung; Keine öffentliche Bloßstellung und andere Kommunikationsschranken; Keine weiteren Anlässe für Misstrauen;</p> <p>Keine Verlagerung interner Konflikte nach außen,</p>	<p>Korrektur von Fehlentscheidungen, Ausstieg planen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neue Afrikapolitik; • Neue Politik gegenüber islamischer Welt; • Konversion von Rüstungsproduktion, Ausstieg aus dem Rüstungsexport; <p>Auf Konfliktkonstellationen achten; VN-Mali-Konferenz vorbereiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sanktionen aufheben; • Projekte zu Entwicklung und Demokratie entkoppeln; • Distanz überwinden, Transparenz von Diplomatie erhöhen, Politischen Dialog ausweiten, Voraussetzungen für Dialog schaffen; • Westliche Außenpolitik an universale Ethik anpassen

Friedenslogische Politik dagegen erfasst Konflikte frühzeitig und nicht erst, wenn es zur gewalttätigen, bedrohlichen Krise gekommen ist. Ein Konflikt wird als Beziehung zwischen und innerhalb von Gesellschaften und Staaten verstanden, in der die Problemlösungsfähigkeit blockiert ist. Friedenslogische Politik nimmt das Eskalationspotential ernst. Aber sie nimmt auch die Chance für eine konstruktive Wende zugunsten der Bearbeitung von ursächlichen Problemen ernst – sei es von ungelösten Interessenkonflikten in den Bereichen von Energieversorgung, Klimawandel oder Verarmung. [[Alle spielen auch im Fall Mali eine Rolle - aber es gibt weitere.]] Konflikttransformation im Sinne von Auflösung der Interessendivergenz und Problemlösungsunfähigkeit ist daher das Ziel friedenslogisch inspirierter Politik. Es geht darum, die gestörten Beziehungen zwischen den Beteiligten und die verfestigte Unfähigkeit zur Kooperation zu überwinden.

Wieder finden Sie auf der linken Seite von Folie 3, Stichworte zu dem, was friedenslogisch nicht geschehen und auf der rechten Seite, was aus friedenslogischer Sicht geschehen sollte.

Fehlentscheidungen und Ausstiegsstrategien

In sicherheitspolitischer Logik geht es immer um das bedrohliche, negative Verhalten der anderen. Eigene Beiträge zur Konflikteskalation werden ausgeblendet. Dagegen geht es in

friedenslogischer Politik immer - zumindest auch - um die Korrektur der eigenen Seite, der Überprüfung eigener Ziele, eigenen Verhaltens und eigener Haltungen. Das ist schwer. Aber es ist ein klein wenig einfacher, die eigene Seite zu ändern als die andere – und wenn es gelingt, ändern sich auch die Beziehungen zwischen beiden Seiten. Sicherheitslogisch erscheint ein solches Vorgehen als Schwäche, friedenslogisch gesehen ist die Fähigkeit zur Korrektur dagegen eine Stärke.

Mali: Friedenslogisch geht es im Fall Mali um die Anerkennung, dass der Krieg in Afghanistan das Ziel nicht erreicht hat und folglich (u. a.) um einem Ausstieg aus einem – vermutlich nicht gewinnbaren, alles verschlimmernden – Krieg gegen islamistische Gewalttäter. Schon aus Prestige Gründen fällt eine Anerkennung des Scheiterns ebenso schwer wie ein Ausstieg aus der Wiederholungsgefahr. Aber im Fall der Atomenergie haben wir erlebt, wie etwas über Nacht möglich wurde, das lange unmöglich schien und zwar auch deshalb, weil der Atomausstieg gedanklich vorbereitet und von sehr vielen Menschen gewünscht war. Wie im Fall der Energiewende wird auch ein Ausstieg aus der Militarisierungsfalle einfacher, wenn man bedenkt, was an die Stelle treten kann. Ein solcher Ausstieg funktioniert vermutlich im konkreten Fall nicht

- ohne eine grundsätzlich veränderte Afrikapolitik,
- ohne einen intensiven Dialog mit der islamischen Welt,
- ohne Gespräche mit den bisher für nicht verhandlungsfähig befundenen islamistischen Kräften,
- ohne Kontrolle und Beschränkung von Rüstung und Rüstungsexporten.

Kein Wegschauen, keine Simplifizierung, frühzeitige Aufmerksamkeit für komplexe Konfliktkonstellationen

Die aktuelle Situation in Mali hat eine lange Vorgeschichte. Es gab Vorwarnungen – aber eine vorausschauende, vorbeugende Politik gab es nicht.

Mehrere Konfliktlinien überlagern sich, es geht um Territorium, Ideologie, politische Ordnung, das Zusammenleben ethnisch und kulturell heterogener Gruppen, die Verteilung von Reichtum und Armut, um Rohstoffe (wie Gold, Öl, Gas, Kalk, Phosphat, Marmor, Diamanten und Uran), die Präsenz französischer Truppen in und rund um Mali, Kolonialismus, Neokolonialismus in Afrika und um vieles andere mehr. Viele Akteure sind direkt oder indirekt beteiligt, afrikanische, arabische und westliche Staaten, ethnische und religiöse Gruppen, Geschäftemacher und Konzerne. Militärische Gruppen rivalisieren mit anderen militärischen Gruppen und mit der politischen Klasse. Eine komplexe, schwer zu durchschauende Konfliktkonstellation hat sich entwickelt.

Alle, die im Fall Malis in dieser komplexen Konstellation agieren, verfolgen vermutlich gleichzeitig teils legitime, teils illegitime Ziele. Trotz aller Unterschiede: Alle Akteure sind bereit, für ihre Ziele das Leben von Menschen aufs Spiel zu setzen.

Friedenslogische Politik muss den Blick für diese komplexe Konfliktkonstellation öffnen, mehrgleisig und vorausschauend handeln. Das heißt vor allem die Folgen des Handelns auf einer Konfliktlinie für alle anderen Konfliktlinien mitbedenken. [[Demokratisierung und Militarisierung sind vermutlich unvereinbar.]]

Die Strukturierung einer solchen komplexen Herangehensweise kann wahrscheinlich nur unter dem Schirm des Generalsekretariats der Vereinten Nationen, nicht im Sicherheitsrat organisiert werden. Es geht nur in einer mehrjährigen, im Rahmen der Vereinten Nationen organisierten Konferenzfolge [[Mali-Prozess, in Analogie zum europäischen KSZE-Prozess]], an der Regierungen und Zivilgesellschaften beteiligt sind, und in der mehrere Themen auf mehreren Ebenen nebeneinander verhandelt und zu einander in Beziehung gesetzt werden. Ein solcher Transformationsprozess muss mehrere Konfliktlinien erreichen, Ziele, Haltungen und Verhalten aller Beteiligten überprüfen und verändern - nicht nur in Mali, auch in Frankreich, in Deutschland, in der EU, in den USA und auch in der arabischen Welt.

Das ist ein sehr langfristiges Projekt, darum aber nicht unrealistisch. Denn einiges kann unverzüglich und in Vorbereitung auf einen Mali-Prozess geschehen.

Vorbereitung auf einen VN-Mali-Prozess

Beginnen wir mit dem Ausstieg aus der **Sanktionspolitik**. Sicherheitslogisch orientierte Politik vertraut im Konflikt mit widerspenstigen Gegnern auf die Wirksamkeit von Drohungen und Sanktionen. [[Erwartet wird, dass die großen Schurken auf Kooperation sehr großen Wert legen, und man sie durch Nicht-Kooperation zu konformem Verhalten zwingen kann. Diese Rechnung geht sehr selten auf und mündet meist in Widersprüchen, die den politischen Absichten wenig zuträglich sind.]]

So auch im Fall von Mali. Als es im März 2012 zum Militärputsch kam, hat Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit mit Mali ausgesetzt. Fachkräfte und politische Berater konnten ihren vorgesehenen Dienst nicht mehr antreten. Da die Europäische Union ebenso verfahren ist, fehlten 650 Mio. Euro, mit denen Projektträger gerechnet hatten. [[Öffentliche Investitionen kamen zum Erliegen, Betriebe mussten schließen, die Arbeitslosigkeit wuchs, die Lebensmittelpreise stiegen.]] Ziel war es, die Staatsführung Malis zur Rückkehr zur Demokratie zu motivieren (legitim). Man wollte dies tun, ohne die Bevölkerung zu beeinträchtigen, indem man prüfte, staatsferne, menschnahe Projekte fortzuführen. Wie in anderen Fällen auch, hat das nicht geklappt. Heute geht es nur noch um die Stärkung des Militärs und um seine Ausrüstung. Tatsächlich hat man also durch die Sanktionen die Bevölkerung bestraft - und zwar insbesondere diejenigen Kräfte, auf die man doch jahrelang Hoffnungen gesetzt hatte: Die afrikanischen Frauen – zunächst mit dem Entzug von Ressourcen – dann mit der Aufwertung der für Frauen häufig bedrohlichen Soldateska.

Denn je mehr sich die Positionen auf der Konfliktlinie zwischen dem malischen Staat und den Tuareg-Rebellen verhärteten, umso wichtiger wurde das Militär und seine Ausrüstung. Hatte sich die Priorität zunächst von Entwicklungszusammenarbeit auf die Forderung nach Wahlen verschoben, verschob sich die Priorität nun von Wahlen auf die militärische Sicherung staatlicher Kontrolle über den Norden. Die Bestrafung gesellschaftlicher Kräfte bei gleichzeitiger Aufwertung militärischer Kräfte hält bis heute an. Wie in anderen Fällen auch, spielen Sanktionen denen in die Hände, die sie treffen sollen.

Friedenslogische Politik dagegen entkoppelt entwicklungspolitische Projekte von ordnungspolitischen Forderungen. Vernünftige Projekte - etwa im Bereich der konfliktensiblen Modernisierung des Agrarsektors, der Wasserversorgung, der Ausweisung von Weideflächen, der ressourcenschonenden Transport-Infrastruktur und auch im Bereich der Demokratisierung - werden um der Sache willen durchgeführt.

Womit ebenfalls sofort begonnen werden kann:

Herstellung von Transparenz in der Diplomatie, Arbeit an den Voraussetzungen für einen breiten politischen Dialog.

Friedenslogisches Handeln setzt auf Dialog. Es nutzt Ressourcen, um mit möglichst vielen politischen und gesellschaftlichen Kräften Kontakte zu knüpfen, sich in einen wechselseitigen Austauschprozess zu begeben. Der deutsche Außenminister hat mehrfach erklärt, auf politischem Weg nach einer Verhandlungslösung zu suchen. Das ist friedenslogisch gesehen gut. Nicht gut ist, dass nicht erkennbar, intransparent ist, was deutsche Diplomaten gegenwärtig tun, um in die Nähe von Verhandlungslösungen zu kommen, mit wem sie sprechen und was sie sagen. Wenn etwas geschieht (was ich vermute), geschieht es im Verborgenen. Stille Diplomatie muss sein, aber bei stiller Diplomatie darf nicht alles in aller Stille verlaufen. Friedenslogisch inspirierte stille Diplomatie kann zum Beispiel öffentlich eigene Irrtümer ausräumen oder legitime Interessen von Gesprächspartnern anerkennen. Diplomaten suchen dann geradezu nach Gelegenheiten, um der eigenen Öffentlichkeit, aber

auch der anderen Seite zu signalisieren, dass auf der eigenen politischen Ebene die Bereitschaft und Fähigkeit wächst, an den gestörten Beziehungen wirklich etwas zu ändern.

Öffentlich bekundete Forderungen an die andere Seite untergraben dagegen den politischen Dialog – zumindest dann, wenn die andere Seite die Forderungen nicht erfüllen kann. Der deutsche Außenminister forderte zum Beispiel von der malischen Regierung nun - mitten im Krieg - einen Fahrplan für die Rückkehr zur Demokratie sowie einen nationalen Dialog, der auch die Bevölkerung des Nordens einschließt, aufzustellen. Ein solcher Dialog ist friedenslogisch gesehen vernünftig, aber voraussetzungsreich. Unter den Bedingungen einer humanitären Notlage mit vielen Menschen auf der Flucht, ist ein solches Projekt nur glaubwürdig, wenn es materiell mit einem umfassenden Hilfspaket unterfüttert wird.

Partizipation braucht neben vielem anderen etwas zu essen und zu trinken, Orte, an denen man zusammenkommen kann, Organisatoren, Artikulations- und Kommunikationsfähigkeiten, die geübt werden müssen, und andere Angebote, die Beteiligung lohnenswert machen. Dialoge unter und zwischen rivalisierenden Gruppen benötigen Hunderte von Vermittlern, deren Handeln sich durch Transparenz, Fairness und Empathie auszeichnet, die helfen, schlechte Erfahrungen durch gute Erfahrungen zu überlagern und die Vertrauensbildung zu erleichtern und denen dafür auch Ressourcen für begleitende Maßnahmen zur Grundversorgung und zur Arbeit mit Medien zur Verfügung stehen. Ohne eine solche Unterfütterung scheint mir die Forderung nach einem nationalen Dialog eine Worthülse. [[Deutschland könnte einen Teil der MediatorInnen ausbilden lassen und entsenden.]]

Vielleicht ist die gelegentlich zu lesende Einschätzung richtig, dass deutsche Diplomaten eine hervorgehobene Rolle in einem Vermittlungsprozess spielen können. Aber auch deutsche Außenpolitik muss dazu große Vorbehalte ausräumen. Denn alle internationalen Akteure – nicht nur Frankreich - stehen unter dem Verdacht, nur ihren eigenen Interessen verpflichtet zu sein, sei es an Territorien, in die sie Flüchtlinge abschieben können, sei es an Regierungen, mit denen sie Verträge über die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen oder über Rüstungsexporte schließen können.

Solchen Vorbehalten würde man aus friedenslogischer Sicht durch Initiativen zur Zivilisierung europäischer Außenpolitik und europäischer Außenwirtschaftspolitik begegnen. Dazu wäre dann ein französisch-deutscher Friedensdialog [[alternativ zu einem immer wieder vorgeschlagenen Sicherheitsdialog über eine europäische Armee]] erforderlich. Initiativen für einen (Ressourcen schonenden) Fairen Handel (Fair-Trade) mit Mali, die Verpflichtung europäischer Unternehmen auf die Einhaltung der Standards des Globalpaktes (Menschenrechte, Umwelt, Korruption) und eine Entlastung Malis durch eine Humanisierung der Asyl- und Migrationspolitik würden als Vorleistungen die Glaubwürdigkeit derjenigen erhöhen, die auf politische Verhandlungslösungen setzen.

3. Umgang mit Friedenskräften

Wieder sehen Sie auf der linken Seite, was nicht und auf der rechten Seite, was geschehen soll.

Folie 4	
Friedenslogische Grundregeln zum Umgang mit Friedenskräften	
<p>Friedenskräfte nicht ignorieren, isolieren, übergehen; Keine Unverträglichkeit produzieren; Friedensarbeit nicht erschweren</p>	<p>Friedenskräfte beachten, verstärken und Friedensallianzen fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> • durch Aufmerksamkeit, • Öffnung von Zugängen, • Erleichterung von Partizipation • Konsultationen, Einladungen • Angebot von Hilfe • Vielfalt der Stimmen hörbar machen.

Sicherheitslogik setzt auf Machthierarchien, am Ende auf militärische Kräfte und deren Bewaffnung – gelegentlich unter Nutzung auch von zivilen Kräften (wie im Fall des Konzepts der „Vernetzten Sicherheit“). Je mehr eine Krise sich zuspitzt, desto mehr werden zivilgesellschaftliche Kräfte, insbesondere wenn sie friedenspolitisch engagiert sind ignoriert, isoliert und übergangen und auch in Widersprüche verwickelt. Jede Militarisierung erschwert ihre Arbeit. Das gilt in Mali wie in Europa. Friedenslogisches Handeln setzt dagegen auf kluge Diplomaten und Diplomatinen, aber auch auf die Kompetenz in Netzwerken, die Hierarchie übergreifend im eigenen Land und transnational arbeiten.

Gibt es Friedenskräfte in Mali? Zur Erinnerung: 2005 wurden „1000 Frauen aus aller Welt“ für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Allein 15 dieser Frauen kamen aus Mali. Auch heute gibt es in Mali Friedensbündnisse, auch im Norden des Landes. Friedens-NGOs wie Medico oder Eirene und andere Netzwerke wie Afrique-Europe-Interact arbeiten seit Jahren mit Friedenskräften in Mali zusammen, sie berichten von konfliktsensiblen Radioprojekten, Bemühungen um inter-religiösen Dialog, um Fortbildungen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und die Schlichtung von grenzübergreifenden und ethnischen Spannungen auf lokaler Ebene.

Wie die Zivilgesellschaft insgesamt stehen diese Friedenskräfte nun unter dem Druck, die Militärintervention unter französischer Führung begrüßen zu sollen. Einige tun das vermutlich, andere nicht, sondern verfassen Aufrufe an die Frauen in Mali unter dem Motto: „Frauen in Mali, sagt NEIN zum Stellvertreterkrieg“. Wie viele andere fordert diese Gruppe eine politische Lösung des Konfliktes mit Vorrang für Interessen der malischen Bevölkerung und ein langfristiges internationales Engagement zur Lösung der tatsächlichen sozio-ökonomischen Probleme des Landes. Zu den Friedenskräften gehören auch Organisationen von und für Menschen, die als Migranten abgeschoben wurden. Sie sind Teil eines transnationalen Afrikanisch-Europäischen Netzwerkes, zu dem auch die Karawane München gehört. Ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitet eine „Bürgerkarawane für Frieden in Mali“ durch die Wüste vor. 5.000 Menschen sollen im Februar zu einem mehrtägigen Friedensmarsch aufbrechen. Ich kann mir vorstellen, dass die Teilnehmer davon träumen, dass sich eine Bürgerinnenkarawane von Berlin nach Brüssel über Paris ebenfalls auf den Weg macht, um die Forderung nach politischen Lösungen in Mali zu unterstützen. Sie könnten davon träumen, wie einfach es sein müsste, eine so kurze Entfernung in Europa zu schaffen.

Friedenslogisch inspirierte Politik achtet diese Friedenskräfte und zollt ihnen Respekt, sucht sie auf und lässt sich von ihnen beraten, bringt sie ins Gespräch. Wer Geld hat, kann spenden, wer keins hat, kann Spenden sammeln und Informationen und Botschaften verbreiten.

Friedenslogisches Handeln muss auch die Sinne ansprechen. 40 Musikerinnen und Musiker aus Mali haben in einem gemeinsamen Lied „Mali-Ko“ und einem Video zum Frieden aufgerufen. Nehmen wir diese kraftvollen Stimmen zur Kenntnis, man kann sie – vielleicht in der Pause oder am Abend – hören und sehen, um dann weiter zu überlegen, wie wir – unter der erstickenden Glocke sicherheitslogischer Argumentation - Friedenslogik neu anstoßen, und Menschen zu einem solchen Engagement beflügeln können.

Folie 5

Friedenslied Mali-Ko

„Der einzige Weg aus dieser Krise ist der Friedensweg.“

www.youtube.com/watch?v=2ViOsWbxuNk



Fatoumata Diawara